Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

EXTRAAUSGABE

Zeitung für Deutschland · Unabhängig · Überparteilich

Keine Zukunft ohne Werte:

Vor uns die schweren Jahre

Von Wilhelm v. Gottberg, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen

Was immer die Zukunft für die Deutschen und für Deutschland bringen wird – gewiß ist, daß die guten Jahre für eine oder auch zwei Dekaden der Vergangenheit angehören werden.

Auch in der Vergangenheit war die Entwicklung in unserem Land in Teilbereichen, wie zum Beispiel bei den Langzeitarbeitslosen oder bei der Ausbildungsplatzsituation, nicht nur positiv. Gleichwohl, die große Mehrheit der Menschen in unserer Republik hat gut verdient, gut konsumiert und den Aussagen der Politiker zur Stabilität des Sozialstaates vertraut. Das soziale Netz ermöglichte auch den wirtschaftlich Schwachen eine menschenwürdige Existenz.



Yorcks Ansprache an die preußischen Stände am 5. Februar 1813: *Diese „Ruck-Rede“ hatte, im Gegensatz zur schon beinahe vergessenen von Bundespräsident Roman Herzog im Jahre 1997, langanhaltende Wirkung.*

Allerdings haben wir uns die guten Jahre der Vergangenheit durch die Ausstellung eines in der Zukunft fälligen Wechsels ermöglicht. Mittlerweile dämmert es den meisten: Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt. Die Folgen sind noch nicht zu übersehen. Die gigantische Staatsverschuldung und der marode Zustand der Sozialkassen sind im Hinblick auf die eigentlichen Probleme dieser Republik nur kleine Problemchen. Schwerer wiegt, daß die große Masse der Menschen eine Anspruchsmentalität gegenüber der öffentlichen Hand entwickelt hat, von der nur eine mutige und wahrhaftige Politik sie herunterbringen wird. Die Verlogenheit gehört zum politischen System der Bundesrepublik, und sie zeigt sich zum Beispiel in der Feststellung der Politiker, es gelte nunmehr, den Sozialstaat umzubauen.

Nein, nicht Umbau, sondern Abbau des Sozialstaates ist die bittere Wahrheit und das Gebot der Stunde. Wir werden auf diesem Sektor in den nächsten Jahren einen Paradigmenwechsel erleben, wie er bisher unvorstellbar erschien. Der Beitragsstopp für die gesetzliche Krankenversicherung, Nullrunde für Ärzte und Krankenhäuser, Absenkung der Beamtenpensionen auf 71,25 Prozent, tendenziell sinkende Renten und anderes mehr sind erst die Vorboten einer Entwicklung, an deren Ende das ausgeuferte Sozialstaatsprinzip des ausgehenden 20. Jahrhunderts auf ein vertretbares Maß zurückgeführt sein wird. Die Mehrheit der Menschen in unserem Land wird es durch die tiefen Einschnitte in die sozialen Besitzstände hart treffen. Dies festzustellen ist keine Panikmache, sondern eine Botschaft der Wahrheit und Klarheit, wie sie der Bundespräsident in seiner Weihnachtsansprache von der Politik gefordert hat. Glücklich können sich diejenigen schätzen, die zum Beispiel bei der Rente privat vorgesorgt haben, die Blüms zahlreichen Märchenstunden über die so sicheren Renten nicht geglaubt haben.

> Wer die Märchen über die so sicheren Renten nicht geglaubt hat, kann sich heute glücklich schätzen

Noch ist der Inhalt des im Bundeskanzleramt konzipierten Strategiepapiers zur Reform der Sozialkassen nicht im einzelnen bekannt. Näheres dazu wird man erst nach Vorlage des Berichtes der Rürup-Kommission erfahren, die von der Bundesregierung berufen wurde, um Vorschläge zur Gesundung der überschuldeten sozialen Sicherungssysteme auszuarbeiten. Gleichwohl, es bedarf keiner prophetischen Begabung, um die Botschaft des Strategiepapiers vorauszusagen: „Der Sozialstaat ist nicht mehr zu finanzieren, die Maschen des sozialen Netzes werden erweitert.“

Dies wird – generalisierend gesprochen – die offizielle Aussage des Strategiepapiers sein. Jede politische Nachricht enthält fast immer auch eine indirekte Botschaft. Die indirekte Botschaft des Strategiepapiers: „Es werden vermehrt Menschen durch das soziale Netz fallen, es wird sich eine Tendenz zur Verelendung der sozial Schwachen entwickeln, die zahlreichen karitativen Organisationen werden ihr Augenmerk zukünftig mehr auf die Situation der Schwachen im Lande richten müssen, unter Vernachlässigung ihrer bisherigen grenzüberschreitenden Aktivitäten.“

Nur am Rande sei vermerkt, daß für Scharfsinnige schon heute eine Tendenz zur Verelendung von bestimmten Schichten, sowohl in den Großstädten als auch auf dem Lande, und hier vor allem in den östlichen Regionen, erkennbar wird.

In den mitteldeutschen Bundesländern werden die Kennzeichen der Armut bei den Menschen eher sichtbar, weil hier die Massenarbeitslosigkeit höher ist und weil die 45jährige sozialistische Umgestaltung den kirchlichen karitativen Organisationen kein flächendeckendes Wirkungsfeld ermöglicht hatte. Man hatte ja die Volkssolidarität. Heute aber steht die Volkssolidarität als Einrichtung des Sozialstaates mehr oder weniger zur Disposition.

Niemand sagt den Menschen, daß die Prognose für die Zukunft der gesetzlichen Sozialversicherung düster ausfallen muß. Unser Land vergreist zunehmend, und diese Vergreisung wird sich aufgrund der demographischen Entwicklung in den nächsten zwei Jahrzehnten beschleunigen. Seit 1975 steht Deutschland an der Spitze der Länder mit der geringsten Geburtenrate. Dies galt auch für die DDR bis 1990. Die sozialen Sicherungssysteme werden durch alte Menschen belastet, denn sie sind die Kostgänger bei der Krankenversicherung und der Rentenversicherung.

Als die Renten noch sicher waren, entfielen auf einen Rentenempfänger vier beitragszahlende Arbeitnehmer. Heute beträgt dieses Verhältnis eins zu zwei. Sofern es nicht gelingt, die Massenarbeitslosigkeit und die Unsitte der Frühverrentung zu stoppen, wird in wenigen Jahren ein in die Rentenversicherung einzahlender Arbeitnehmer für die Rente eines Rentenempfängers aufkommen müssen. Dies kann nicht funktionieren. Wir werden in Kürze über massive Rentenkürzungen und die Hinausschiebung des Renteneintrittsalters über das 65. Lebensjahr hinaus reden müssen.

Es ist nicht so, daß diese Erkenntnis gewissermaßen über Nacht als plötzliche Erleuchtung über die verantwortlichen Politiker gekommen wäre. Professor Meinhard Miegel mit seinem Institut für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn und andere haben seit mindestens 20 Jahren vor den katastrophalen Folgen der geringen bundesdeutschen Geburtenrate gewarnt. Die Kohl-Regierung mit dem zuständigen Sozialminister Blüm hat gemeint, diese Warnungen ignorieren zu können. Ja, sie hat das Problem durch mißbräuchliche massenhafte Frühverrentung unter Mithilfe der Gewerkschaften verschärft. Schließlich hat die vormalige christlich-liberale Bundesregierung den bei jungen Deutschen nur mangelhaft ausgeprägten Willen zum Kind durch eine gravierende Benachteiligung der Familien mit Kindern noch gefördert. Das Bundesverfassungsgericht hat durch seine Rechtsprechung dafür gesorgt, daß die heutige Bundesregierung einige Nachteile der Mehrkinder-Familien beseitigen mußte.

> Die bittere Wahrheit: In unserem Land gibt es – auf allen Ebenen – keine finanziellen Spielräume mehr

Deutschland ist auf der weltweiten Wohlstandsrangliste vom dritten auf den sechzehnten Platz gefallen. Der Abstieg wird weitergehen. Über 40.000 Insolvenzen im vergangenen Jahr haben die Probleme auf dem Arbeitsmarkt verschärft und den notleidenden Mittelstand ins Blickfeld gerückt.

Kohls Behauptung, daß die Einführung des Euro Arbeitsplätze schaffe, war eine bewußt in Umlauf gebrachte Unwahrheit, um die Akzeptanz für den Euro zu verbessern. Jedem Gebildeten war klar, daß der Euro neue Arbeitsplätze schafft, aber nicht im Hochlohnland Deutschland, sondern in Niedriglohnländern. Die Tendenz zur Verlagerung der Arbeitsplätze in diese Länder war vorhersehbar.

Jetzt erst erkennt die Politik – bei weitem noch nicht die gesamte politische Klasse –, daß der Wirtschaftsstandort Deutschland gefährdet ist. Mit Minijobs, Ausbau der Leiharbeit und Förderung der Selbständigkeit versucht man mehr schlecht als recht gegenzusteuern. Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Merz nennt dies ein erstes Reförmchen, dem wirkliche Reformen folgen müssen.

Die zwischen den Zeilen stehende Botschaft des vielgepriesenen Hartz-Konzeptes lautet: Der Gürtel ist enger zu schnallen, das Pro-Kopf-Einkommen sinkt. Fazit: Mit den reduzierten Leistungen des Sozialstaates gehen zukünftig sinkende Arbeitseinkommen einher.

Die Haltung der Arbeitgeber bei den derzeit laufenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst wird durch das Diktat der leeren Kassen bestimmt.

Wer wie der Verdi-Anführer mit Streik droht, wenn die Gewerkschaftsforderungen beim Tarifpoker nicht erfüllt werden, handelt in höchstem Maße verantwortungslos und ganz gewiß nicht im Sinne des Gemeinwohls.

Die bittere Wahrheit für das neue Jahr muß den Menschen ungeschminkt verkündet werden. Unser Land ist finanziell auf allen Ebenen total fest. Es gibt keine finanziellen Spielräume mehr. Weder beim Bund noch bei den Ländern und schon gar nicht bei den Kommunen.

Auch mit mehr Wirtschaftswachstum ist dies Dilemma nicht zu beseitigen, allenfalls ein wenig zu mildern. Der Druck, Steuern und Abgaben zu erhöhen, wird anhalten. Zusätzlich bedrückend an dieser Situation ist die Tatsache, daß unser Land im Rahmen der EU-Osterweiterung bis 2013 steigende finanzielle Verpflichtungen eingegangen ist. Der Druck, Steuern und Abgaben zu erhöhen, wird dadurch noch größer. Eine Mehrwertsteuererhöhung wird kommen. Ein Land, das sich gegenüber dem Ausland human zeigt, muß zwangsläufig nach innen inhuman sein.

Der Aufbau der mitteldeutschen Länder ist noch nicht beendet. Folgerichtig soll der Finanztransfer von West nach Ost, auch Solidarpakt genannt, noch bis 2019 fortgeführt werden. Wird man dies durchhalten können?

Seit einigen Jahren verfällt die Infrastruktur in bestimmten Regionen der Altbundesrepublik. Im ehemaligen niedersächsischen Zonenrandgebiet stehen für die Unterhaltung

Fortsetzung auf Seite 4

Deutsch-polnische Beziehungen:

Eigenständige kommunale Aussenpolitik

Bernd Hinz über die Erfolge der Heimatvertriebenen hinsichtlich der Völkerverständigung und der Verbesserung der Lebensbedingungen in der Heimat

Bis 1989/1990 haben viele deutsche Heimatvertriebene im Wege eines Heimattourismus ihre Herkunftsgebiete besucht und Kontakte zu den dort lebenden Polen geknüpft und dabei unter anderem in den schwersten Augenblicken der Krise und des Kriegszustandes in Polen 1981 durch Paketaktionen große humanitäre Hilfe geleistet.

Ungeachtet dessen herrschte von 1945 bis 1989/90, also ungefähr 45 Jahre, in der polnischen Öffentlichkeit durch die Flut der Propaganda über die deutsche Gefahr und insbesondere über den Revisionismus und Revanchismus der deutschen Heimatvertriebenen ein nachhaltig feindliches Vertriebenenbild. Ausschlaggebend hierfür war der innenpolitische Nutzen, da das Gespenst des deutschen Revisionimus ein soziotechnisches Instrument war, um das Volk an die kommunistische Herrschaftselite zu binden, vom totalitären stalinistischen Regime abzulenken sowie die Ursachen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Krisen in Polen zu verschleiern, aber auch antisozialistische Tendenzen einzudämmen. (So Jerzy Kolacki, Die Tätigkeit der Vertriebenen aus polnischer Sicht.)

Seit dem Zusammenbruch des Kommunismus in der Republik Polen und der damit verbundenen Auflösung des Ost-West-Konfliktes besteht jedoch für die Heimatkreisgemeinschaften der ostdeutschen Landsmannschaften die Möglichkeit, durch grenzüberschreitende Arbeit Verständigungs- und Aufbauarbeit für das Europa der Zukunft im Geiste der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 in den Oder-Neiße-Gebieten der Republik Polen auf kommunaler Ebene zu leisten. Dabei hat der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag vom 17. Juni 1991 die psychologischen Grundlagen und damit günstige Voraussetzungen für eine deutsch-polnische Zusammenarbeit im kommunalen Bereich geschaffen, obwohl in diesem Vertragswerk als großer Mangel die deutschen Heimatvertriebenen nicht erwähnt werden.

Für die in den Heimatkreisgemeinschaften maßgeblichen Vertriebenenvertreter stand dabei von Anfang an fest, daß die Aufbauarbeit in den Heimatgebieten beziehungsweise die Wiederbelebung der Heimatgebiete als Herzensangelegenheit nur im engen Zusammenwirken mit den heute dort lebenden Menschen, also mit den polnischen Bürgern, geleistet werden kann. Sie waren und sind aus Liebe zur angestammten Heimat von dem Willen beseelt, sich für das Wohlergehen ihrer Heimatgemeinden und der dort lebenden Menschen einzusetzen. In diesem Bewußtsein haben die ostdeutschen Heimatkreisgemeinschaften bereits seit 1991 den Dialog mit den führenden polnischen kommunalen Repräsentanten der Gebietskörperschaften in den Oder-Neiße-Gebieten unter Einbeziehung wichtiger gesellschaftlicher Kreise aufgenommen.

Vor allem die Heimatkreisgemeinschaften leisten humanitäre und kulturelle Hilfe in der Heimat geleistet

Im Rahmen ihrer mehr als zehnjährigen Zusammenarbeit mit den Bürgern ihrer Heimatgebiete haben die Heimatkreisgemeinschaften und die sie unterstützenden ostdeutschen Landsmannschaften ein umfangreiches Paket von Maßnahmen im humanitär-sozialen und im kulturellen Bereich geschnürt.

So haben im humanitär-sozialen Bereich die Vertriebenenorganisationen in den Heimatgebieten durch umfangreiche humanitäre Hilfsmaßnahmen dazu beigetragen, den heute dort lebenden Menschen bei der Entwicklung neuer Lebensperspektiven zu helfen und einen Beitrag zur Stabilisierung des Gebietes zu leisten. Die Heimatkreisgemeinschaften zahlen aus eigenen Mitteln und mit Hilfe der seit den 50er Jahren bestehenden Sozialwerke der Landsmannschaften Gelder an hilfsbedürftige Deutsche aus und organisieren Hilfstransporte, die ausschließlich aus Spenden finanziert und von ehrenamtlichen Helfern durchgeführt werden.

Des weiteren organisieren die Heimatkreisgemeinschaften Hilfen für Krankenhäuser, Kinderheime und Altenwohnstätten. Sie richten auch Apotheken ein. Außerdem beteiligen sich inzwischen viele ostdeutsche Heimatkreisgemeinschaften an der Unterhaltung von Sozialstationen in der Republik Polen, die mit Hilfe der Anschubfinanzierung durch das BMI eingerichtet werden konnten und die Anlaufstellen für hilfsbedürftige, kranke, alte und schwache Menschen sind, die dort Rat und direkte Hilfe erhalten und um häusliche Pflege nachsuchen können.

Durch diese Arbeit werden Menschen erreicht, die aufgrund der schlechten medizinischen Versorgung im polnischen Staat häufig jahrelang in großem Elend leben mußten. Die Sozialstationen gewährleisten die medizinische Versorgung für viele in den Oder-Neiße-Gebieten lebende Personen. Jede an einer Sozialstation beteiligte ostdeutsche Heimatkreisgemeinschaft steuert jährlich erhebliche Geldmittel zur Unterhaltung der Station bei. Insgesamt ist anzumerken, daß die Sozialstationen für alle dort lebenden Menschen segensreich sind und gerade bei den Polen einen ausgezeichneten Ruf genießen.

Im kulturellen Bereich gehört zum zukunftsorientierten Wirken der ostdeutschen Landsmannschaften mit ihren Heimatkreisgemeinschaften, daß noch vorhandene Baudenkmäler als Zeugnisse deutscher Kultur wieder hergestellt beziehungsweise vor weiteren Schäden und Verlusten bewahrt und gesichert werden. Im Bereich des Denkmalschutzes liegen die Schwerpunkte auf den Gebieten der Wiederherstellung alter Bausubstanz und der Restaurierung von Friedhöfen.

Die Heimatkreisgemeinschaften möchten in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Gebietskörperschaften in der Republik Polen alle Anstrengungen unternehmen, die historische Kontinuität der kommunalen Gebietskörperschaft mit ihren alten Bauten und Baustrukturen durch Verschönerungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen sichtbar und erlebbar zu gestalten.

Das ist eine große und schöne Aufgabe. Europa, Deutschland und Polen haben einen Gewinn, wenn die jeweilige Gebietskörperschaft in den Oder-Neiße-Gebieten der Republik Polen ihr eigenes Gesicht mit ihren bedeutenden Kulturdenkmälern einbringt, die ihre reiche Geschichte mit Höhen und Tiefen zeigt. Damit wird in der Öffentlichkeit auch ein vielbeachtetes Zeichen der Identifikation mit dem historischen Erbe und dem Erhalt heimatlicher Identität gesetzt.

Demzufolge beteiligen sich im historischen Ostdeutschland die Heimatkreisgemeinschaften an dem Wiederaufbau von Schlössern, Stadttoren, mittelalterlichen Stadtmauern, Wassertürmen, Kriegerdenkmälern und anderen Baudenkmälern aus deutscher Zeit.

Die polnische Bevölkerung erkennt zunehmend die große Bedeutung der von den Deutschen erbrachten Kulturleistungen für Geschichte und Gegenwart der Oder-Neiße-Gebiete und sucht nach neuen Wegen, sie mit ihrer eigenen Identität zu verbinden. Dieser Prozeß wird gerade von den Heimatkreisgemeinschaften nachhaltig gefördert. So werden in vielen Museen oder anderen öffentlichen Orten Ausstellungen der Heimatkreisgemeinschaften präsentiert, die die Geschichte und Gegenwart der jeweiligen Heimatregion zum Inhalt haben.

Austausch von Publikationen über die jeweilige Gebietskörperschaft gehört ebenso zum Repertoire gemeinsamer kultureller Zusammenarbeit wie die gemeinsame historische Forschung und die Sammlung von Archivgut.

Größtes Interesse bei den Polen genießen die von den Heimatkreisgemeinschaften gefertigten verwaltungsgeschichtlichen Abhandlungen über den Kreis, Stadt- und Gemeindechroniken, Bildbände und andere historische Abhandlungen.

Des weiteren führen die Landsmannschaften und die Heimatkreisgemeinschaften Sommerfeste mit einem Kulturprogramm durch, die sich zu einem festlichen Treffpunkt von Heimatvertriebenen und Heimatverbliebenen sowie Neuzugezogenen entwickelt haben.

Der BdV und seine Landesverbände sowie die Landsmannschaften mit ihren Heimatkreisgemeinschaften haben nicht nur bei der Gründung und dem Aufbau von fast allen deutschen Vereinen in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße wesentliche Hilfestellung geleistet, sie geben auch den dort lebenden Deutschen zum Teil finanzielle und ideelle Hilfe, um ihnen ein aktives Vereinsleben zu ermöglichen.

In den Führungsgremien vieler Heimatkreisgemeinschaften gibt es einen Heimatbeauftragten, der die deutschen Vereine in kultureller, sozialer und verbandsorganisatorischer Hinsicht berät. Hierzu gehören auch die Vermittlung von Brauchtum und Liedgut, gemeinsame Kultur- und Begegnungsveranstaltungen sowie auch die Hilfe bei sozialen Maßnahmen wie Ausflügen, Ferienfreizeiten.

Bei einem guten Zusammenwirken nimmt der deutsche Verein die Funktion einer Brücke zwischen den Heimatkreisgemeinschaften und den polnischen Gebietskörperschaften wahr.

Zwischen dem Heimatkreisgemeinschaften und den führenden kommunalen polnischen Repräsentanten, aber auch mit Vertretern von Vereinen und Schulen besteht in der Regel eine gute, zum Teil sehr enge Zusammenarbeit. Es finden regelmäßig Treffen beziehungsweise Arbeitsbesuche statt, die einem intensiven Meinungs- und Informationsaustausch sowie der Besprechung gemeinsamer zukünftiger Projekte dienen. Darüber hinaus besuchen führende polnische Mandatsträger häufig die Heimattreffen der Heimatkreisgemeinschaften, im Gegenzug werden Vertreter der Heimatkreise zu Stadtfesten, Stadtjubiläen und besonderen kulturellen Veranstaltungen in die Heimatgebiete eingeladen.



Wollen die Zukunft Europas mitgestalten: *Mitglieder des 2. Bundeskongresses des Bundes der Vertriebenen in Lübeck-Travemünde* Foto: DOD

In der Republik Polen sind gemeinsame Zeitungs- und Fernsehinterviews sowie die Übertragung der Reden der Vorsitzenden der Heimatkreisgemeinschaften bei Festakten und die Einbeziehung der Heimatkreisgemeinschaften bei der Herausgabe einer Festschrift im Rahmen der kommunalen Partnerschaft Ausdruck einer besonderen Form der Kontakte.

Eine besondere offiziell-feierliche Form der Kontakte stellen die inzwischen 15 Partnerschaftsverträge mit dem Austausch von Partnerschaftsurkunden zwischen Heimatkreisgemeinschaften als Vertriebenenorganisationen und polnischen Gebietskörperschaften dar. Alle bereits seit vielen Jahren in der Zusammenarbeit praktizierten kommunalen Aufgabenbereiche sind in den operativen Teil der Partnerschaftsurkunde aufgenommen worden.

In den Partnerschaftsverträgen werden die Prinzipien der Zusammenarbeit verfestigt

Es handelt sich hierbei um

- Denkmalspflege
- Organisation von Ausstellungen und musealen Präsentationen
- Publikationen über die Gebietskörperschaft
- Veranstaltungen im kulturellen Bereich
- Zusammenarbeit in der historischen Forschung
- Förderung der Gebietskörperschaft durch Kontakte in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus
- Hilfe im sozial-humanitären Bereich
- Jugendaustausch
- Arbeitsbesuche und Arbeitstreffen.

Der Partnerschaftsvertrag hat als hochpolitischer Vertrag für den Bund der Vertriebenen, die ostdeutschen Landsmannschaften und die deutschen Heimatvertriebenen folgende sehr hoch zu veranschlagende Vorteile:

1. Die ostdeutsche Heimatkreisgemeinschaft wird als Vertriebenenorganisation durch diesen Vertrag von gleichberechtigten Partnern als ideelle Gebietskörperschaft von den Polen akzeptiert und respektiert.

2. Die Einbeziehung des deutschen Vereins in den Text des Partnerschaftsvertrages und in ein dichtes Netz von gemeinsamen Maßnahmen mit der polnischen Seite bedeutet für die deutsche Volksgruppe eine sichtbare Aufwertung in der Öffentlichkeit.

3. In den Partnerschaftsverträgen mit deutschem und polnischem Text gewinnt der historische deutsche Name der Gebietskörperschaft neben den heutigen polnischen Bezeichnungen wieder an Bedeutung und Aktualität.

4. Durch diesen engen Kontakt zu den Heimatgebieten in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den dort lebenden Menschen und Verwaltungen wird die fortwirkende Verbindung der Vertriebenen mit der Heimat dokumentiert.

5. Des weiteren leisten die vielfältigen partnerschaftlichen, grenzüberschreitenden Aktivitäten Beiträge dafür, daß die historischen Ostprovinzen als geistiger Begriff im öffentlichen Bewußtsein in der Bundesrepublik und in der Republik Polen auch in Zukunft weiterleben.

Mit der Partnerschaftsvereinbarung erhält auch das Verhältnis zwischen deutschen Heimatvertriebenen und Polen eine neue Dimension. Es sind zugleich die Aufgaben und Herausforderungen für beide Partner gewachsen. Es geht über die Verständigung hinaus um aktive Zusammenarbeit, gemeinsame Zukunftsgestaltung in einem vereinten Europa. Dies kommt auch in den visionären Botschaften der Texte vieler Partnerschaftsurkunden zum Ausdruck. Dort erklären sich nämlich beide Partner bereit, durch den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit in kommunalen Aufgabenbereichen einen Beitrag zum Zusammenwachsen Europas auf kommunaler Ebene zu leisten.

Mit dieser Form einer eigenständigen kommunalen Außenpolitik haben inzwischen viele Heimatkreisgemeinschaften der Politik des Desinteresses der deutschen Bundesregierungen seit 1990 gegenüber Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und deren fehlende Einbindung in die Ausgestaltung der deutschen Ostbeziehungen Rechnung getragen und sich von der Ignoranz der gesamten deutschen Außenpolitik, für die die Heimatgebiete der Vertriebenen kein Thema sind, emanzipiert.

Es ist bisher einem linksradikalen Publizisten vorbehalten geblieben, die Bedeutung der Partnerschaftsverträge für die deutschen Heimatvertriebenen herauszuarbeiten. In seinem Buch „Grenzenlose Heimat, Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände“ schreibt Samuel Salzborn zum Vertrag zwischen der Heimatkreisgemeinschaft Preußisch Holland und der Stadt Preußisch Holland/Paslek:

„**Träume werden wahr, die Zäsur 1998.** – 1998 war es dann so weit. Der lang gehegte Traum, im Ausland unmittelbar für die eigenen Interessen kämpfen zu können, wurde wahr. Am 12. Juni wurde die Urkunde über die Partnerschaft zwischen der polnischen Stadt und Gemeinde Paslek und der Kreisgemeinschaft Preußisch Holland unterzeichnet. Eine solche Partnerschaftsvereinbarung war ein absolutes Novum, denn damit erklärte sich erstmals eine polnische Stadt bereit, mit einer Organisation zusammenzuarbeiten, die jahrzehntelang im Sinne einer »Exilvertretung« statt ihrer hatte auftreten wollen ... Der Anspruch der sogenannten Exilvertretungen hat sich dabei keinesfalls geändert.“

In der Erkenntnis der Tragweite der Herstellung einer solchen partnerschaftlichen Vereinbarung ist dieser Vermerk eines Vertriebenengegners von Bedeutung. Hier wird nachhaltig gewürdigt, welche politische Bedeutung die eigenständige kommunale Außenpolitik der deutschen Heimatvertriebenen haben kann, die deutliche Akzente gegenüber der offiziellen bundesdeutschen Außenpolitik setzt.

Aufbauend auf die Dichte der vielfältigen kommunalen Beziehungen zwischen den Heimatkreisgemeinschaften und den polnischen Gebietskörperschaften habe ich den kommunalpolitischen Kongreß der Landsmannschaft Ostpreußen in Zusammenarbeit mit dem BdV initiiert und inhaltlich konzipiert. Dieser Kongreß soll einem fruchtbaren Meinungs- und Erfahrungsaustausch dienen, der der Erörterung, Weiterentwicklung und Vertiefung der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Zukunftsgestaltung in einem zusammenwachsenden Europa Rechnung trägt. Dabei geht es um die Konzentration und Ausrichtung der gemeinsamen Kräfte auf erreichbare Ziele. Unsere gemeinsamen Interessen sollen durch die Bündelung und Koordination der gemeinsamen Kräfte besser verfolgt werden können. Die bisherigen zwei kommunalpolitischen Kongresse, an denen jeweils 40 polnische Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte sowie mehr als 36 ostdeutsche Heimatkreisvertreter teilnahmen, haben Bewegung in das deutsch-polnische Verhältnis unter Einbeziehung der deutschen Heimatvertriebenen gebracht. Man bewegt sich gemeinsam aufeinander zu. In einem von der Direktorin des Präsidialbüros, Frau Czeslawa Ostrowska, verlesenen Grußwort des polnischen Staatspräsidenten Aleksander Kwasniewski fordert dieser die anwesenden polnischen Mandatsträger und die deutschen Heimatvertriebenen auf, die solideste Brücke im deutschen-polnischen Verhältnis zu bauen. Dabei wird den Polen folgendes immer stärker bewußt: Die deutschen Heimatvertriebenen besitzen zu ihren Heimatgebieten ein unzerstörbares Heimatgefühl, das ein starkes ideelles und materielles Engagement für die Heimat freisetzt. Sie sind gerade mit ihrer spezifischen Erfahrung wertvolle Mittler im europäischen Integrationsprozeß für die polnische Bevölkerung. Und die deutschen Heimatvertriebenen sind im deutschen Volk fast die einzige gesellschaftliche Gruppierung, die den Blick immer wieder nach Osten in Richtung Polen richtet, sich mit diesem östlichen Nachbarn befaßt und beschäftigt.

Was die Bedeutung unserer kommunalpolitischen Aktivitäten angeht, so möchte ich auf die Botschaft des früheren geschäftsführenden Präsidialmitgliedes des Deutschen Landkreistages, Dr. Hans Tiedeken, aus dem Jahre 1985 hinweisen, die nichts an ihrer Aktualität verloren hat. Er sagte:

„Das europäische Gebäude wird von unten her gebaut – mit all seinen architektonischen und vor allem statischen Schwierigkeiten in den oberen Etagen. Wenn Keller- und Erdgeschoß nicht tragen und schon rissig sind, arbeiten die nationalen und übernationalen Handwerker in luftiger Höhe vergeblich. Deshalb sind die kommunalpolitischen Auslandskontakte, Partnerschaften und Freundschaften notwendig, sinnvoll und geboten.“

Wenn wir eine Zwischenbilanz der mehr als zehnjährigen Zusammenarbeit zwischen den Heimatkreisgemeinschaften als Vertriebenenorganisationen und polnischen Gebietskörperschaften ziehen, dann können wir unter dem Strich weitgehend auf imposante Erfolge in unserer Arbeit in der Heimat zurückblicken. In den bereits erwähnten kommunalen Aufgabenbereichen haben wir gemeinsam gute Arbeit geleistet. Die Beziehungen auf kommunaler Ebene haben sich zu einer engen vertrauensvollen Zusammenarbeit geformt. Die polnischen Partner haben insbesondere in den beiden letzten Jahren wichtige politische symbolische Zeichen gesetzt, indem sie mehrere maßgebliche Vertreter der Vertriebenenverbände mit der Verleihung von Ehrenbürgerrechten oder anderen hohen kommunalen Auszeichnungen geehrt und damit gewürdigt haben, daß sich diese Persönlichkeiten in besonderer Weise um das Miteinander verdient gemacht haben.

Unsere Politik des Dialogs und der ausgestreckten Hand ist seit mehreren Jahren von Ideen- und Konzeptionsreichtum geprägt. Sie hat die deutschen Heimatvertriebenen unter Beibehaltung und Betonung ihrer wichtigen politischen Anliegen gegenüber dem polnischen Nachbarn im wesentlichen zu einem im kommunalen Bereich in der Republik Polen akzeptierten Partner gemacht. Sie hat aber auch in der Bundesrepublik Deutschland die von maßgeblichen politischen Kräften angestrebte Isolation der Vertriebenen scheitern lassen.

Die deutschen Heimatvertriebenen arbeiten nämlich mit vielen gesellschaftspolitischen Verbänden und Gruppen zusammen, wie unter anderem den kommunalen Spitzenverbänden in der Bundesrepublik Deutschland, pflegen gute Kontakte zu großen Sozialverbänden wie dem Lazarus-Hilfswerk und der Johanniter-Unfall-Hilfe. Sie führen einen Meinungs- und Gedankenaustausch mit bedeutenden Vertretern des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestages.

Entgegen der Meinung von Markus Mildenberger in seinem Beitrag „Die Rolle der Vertriebenen in den deutsch-polnischen Beziehungen – Brücke oder Barriere?“ im Deutschland-Archiv 3/2000 haben die deutschen Heimatvertriebenen an politischer Bedeutung gewonnen. Der von ihnen auf kommunaler Ebene beschrittene Weg des „Wandel durch Dialog“, der sich durch Offenheit, Ehrlichkeit und nüchterne Bestandsaufnahme auszeichnet, führt zur politischen Anerkennung der deutschen Heimatvertriebenen in der Republik Polen und ermöglicht Diskussionen über die Anliegen und Positionen der Vertriebenen sowie Lösungen der offenen Fragen. Dabei plädieren sie für eine Politik des gegenseitigen Gebens und Nehmens, die nicht nur auf ökonomische Bereiche beschränkt sein soll, sondern auch die ideellen Bereiche erfassen soll.



Bernd Hinz: *Der Stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen ist vor allem für Fragen der Kommunalpolitik und der EU-Osterweiterung zuständig* Foto: Archiv

Dabei wäre es wünschenswert, wenn der Geist der partnerschaftlichen Zusammenarbeit in der kommunalen Arbeit mit dazu beitragen könnte, daß in Zukunft für die Heimatgebiete der deutschen Heimatvertriebenen auch Regelungen gefunden werden, die auf der Grundlage von Recht und Wahrheit zu tragfähigen und zukunftsfähigen Lösungen führen und die von beiden Seiten akzeptiert werden können.

Hierzu bedarf es im Rahmen eines intensiven Dialogs mit den polnischen kommunalen Mandatsträgern des Ausbaus der Kontakte auf kommunaler Ebene, um die Partnerschaft in der polnischen Bevölkerung noch stärker bewußt zu machen. Chancen müssen aufgezeigt, Ängste und Befürchtungen, die zumeist auf Unwissenheit beruhen, durch Information und Aufklärung abgebaut werden. Es geht darum, einen Geist des Vertrauens und der Zusammenarbeit zu schaffen, der voranbringt und weiterträgt. Beide Seiten müssen gemeinsame Positionen und Interessen definieren.

Zur Vertiefung der deutsch-polnischen Beziehungen wollen wir strategische Ziele für eine gemeinsame Bewältigung politischer Zukunftsaufgaben ins Auge fassen. Zu unserem Grundverständnis gehört hierbei die gleichberechtigte Position der deutschen Heimatvertriebenen in der Heimat.

Wir befinden uns auf einem guten Weg. Mit den Mitteln der Diplomatie haben wir das erste Mal in der Nachkriegsgeschichte die wirkliche Chance, den Geist und Inhalt des europäischen Passus der Charta der deutschen Heimatvertriebenen zu verwirklichen, nämlich die Schaffung eines geeinten Europas, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können und in dem das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird. ■

Immer stärker wahrgenommen

Resonanz der Medien auf die Arbeit der Landsmannschaft

Die Medien-Resonanz auf die neue eigenständige kommunale Außenpolitik der Landsmannschaft Ostpreußen ist beachtlich. Dies belegen nachfolgend auszugsweise zitierte Presseberichte über den Kommunalpolitischen Kongreß der LO und über die steigende Zahl der offiziellen Partnerschaftsverträge:

DIE WELT

„Die Landsmannschaft Ostpreußen verweist auf Erfolge ihrer Dialogpolitik, wie sie unter anderem in 15 Partnerschaftsverträgen zwischen ostpreußischen Heimatkreisgemeinschaften als Vertriebenenorganisationen und den entsprechenden polnischen Gebietskörperschaften zum Ausdruck kommen. Das polnische Staatsoberhaupt hatte in einer Grußbotschaft zu einem Kommunalpolitischen Kongreß, den die Landsmannschaft organisiert hatte, die Vertriebenen aufgefordert, ‚die solideste Brücke‘ zwischen Deutschen und Polen zu bauen – eine Geste von hochoffizieller Seite.“



„Aus eigener Kraft ist es den Ostpreußen gelungen, ihren Kommunalpolitischen Kongreß als angesehenes Forum zu einer festen Einrichtung im deutsch-polnischen Verhältnis zu machen.“

DER SPIEGEL

„Das polnische Fernsehen war angereist, ein Flötenquartett musizierte, und Staatspräsident Aleksander Kwasniewski wünschte gutes Gelingen – reichlich Aufwand für einen kommunalpolitischen Kongreß, wie er vergangenen Oktober in Elblag, dem früher ostpreußischen Elbing, stattfand. Drei Tage lang berieten dort Spitzenvertreter von Städten und Gemeinden aus dem Oder-Neiße-Raum überregionale Themen und die EU-Osterweiterung. Das Bemerkenswerteste daran: Deutsche Vertriebene von der Landsmannschaft Ostpreußen hatten die Tagung organisiert.“



„Durchbruch gelungen – für nichtbetroffene Zuhörer wurde (auf dem Zweiten Kommunalpolitischen Kongreß in Elbing) schnell sichtbar, daß hier eine Diskussion zwischen führenden Funktionsträgern der Menschen zweier Völker aus einer Region geführt wurde, die nur dadurch emotional verkraftbar bleiben konnte, weil die diskutierenden Parteien partnerschaftlich bereits eng miteinander verbunden waren.“

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt

Herausgeber:
Landsmannschaft Ostpreußen
Der Bundesvorstand

Redaktion:
Bernhard Knapstein
Hans-Jürgen Mahlitz

Parkallee 84/86
20144 Hamburg
Tel. 040/414008-0
Fax 040/41400848
E-Mail:
knapstein@lm-ostpreussen.de
www.preussische-allgemeine-zeitung.de

Hamburg, März 2003

Vor uns die schweren Jahre ...

Fortsetzung von Seite 1

von Landesstraßen, Kreisstraßen, Bahnkörpern und Schulen schon lange nicht mehr ausreichende Mittel zur Verfügung. Auch dies ist ein Beispiel für unsere prekäre Finanzsituation auf der kommunalen Ebene.

Gleichwohl versprechen die Politiker eine ganze Wundertüte neuer Wohltaten. Mehr Leistungen für die Familien, mehr Geld für die Ausländerintegration, neue und bessere Ausstattung für die Schulen, mehr Lehrer, Ganztagsbetreuung, Sprach- und Fremdsprachenunterricht in den Kindergärten, PC und Internetanschluß auch schon in den Grundschulen. Jeder, der ein wenig die Nachrichten aus der Arbeits- und Wirtschaftswelt und der Kommunalpolitik verfolgt, weiß, daß aus finanziellen Gründen nichts von allem eingelöst werden kann.

Damit sind wir beim eigentlichen Kern unserer Probleme. Es ist unsere geistige Verwirrung, unser verwirrtes Denken. Es ist unsere Unfähigkeit, unser Handeln in der Politikgestaltung nach ethisch-moralischen und vernünftigen Kriterien auszurichten. Die Krise der Gegenwart ist nicht primär eine Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie ist vor allem eine geistig-moralische Krise. Zu ihrer Überwindung bedarf es einer allgemeinen Umorientierung und einer geistigen Führung durch die Repräsentanten der Verfassungsorgane und der Eliten in Wirtschaft und Verbänden. Ohne die Überwindung der gesellschaftlich-moralischen Krise werden wir auch unsere wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten nicht meistern, sondern höchstens kurzfristig überdecken können. Der vormalige Bundeskanzler Kohl hatte dies bereits vor 20 Jahren bei seinem Regierungsantritt erkannt und deshalb die geistige Wende versprochen. Versprochen und gebrochen. Dies gilt für Rot-Grün, und dies galt auch für die christlich-liberale Regierungskoalition von 1982 bis 1998. Die derzeitigen Finanznöte der Regierungskoalition sind ja zu einem großen Teil ein Erbe der Kohl-Regierung. Sie sind das Ergebnis eines verwirrten Denkens, das sich nicht am Gemeinwohl orientiert, sondern danach trachtet, den Erwartungen der eigenen Wählerklientel gerecht zu werden.

Das deutsche Volk zerfällt mehr und mehr in gesellschaftliche Gruppen, deren Egoismen den Blick für das Allgemeinwohl verstellen. Das in unserem Land praktizierte System der Bedienung von Gruppeninteressen wirkt als Zentrifugalkraft gegen das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Gemeinschaftsinteresse. Der überzogen praktizierte Föderalismus verstärkt diese Tendenz. Die Verwirrung im Denken zeigt sich bei der Gesetzgebung und den Festsetzungen des Bundeshaushaltes. Die Homo-Ehe ist ein gezielter Hieb gegen die seit Jahrhunderten bewährte Institution Ehe. Das Zuwanderungsgesetz begrenzt entgegen den Aussagen der rot-grünen Repräsentanten eben nicht die Zuwanderung, sondern erlaubt durch großzügige Nachzugsregelung weitere Zuwanderung. Hatte nicht auch Schily davon gesprochen, daß das Boot voll sei?

Wir müssen unsere moralische Krise überwinden ...

Wir haben 4,5 Millionen Arbeitslose. Gleichwohl wird wider besseres Wissen behauptet, auch von führenden Wirtschaftsvertretern, wir bräuchten Zuwanderung, um den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden. Wir wissen, daß die Zuwanderung nicht dem Arbeitsmarkt zugute kommt, weil die Mehrheit der Zuwanderer nicht qualifiziert ist. Die Zuwanderer belasten fast ausschließlich die Sozialkassen.

Im Haushalt ist die Förderung der Vertriebenenkultur drastisch reduziert worden, und mit dem Bundeswehretat kann die Bundeswehr nicht mehr ausreichend finanziert werden. Gleichzeitig erhalten Randgruppen, Frauenprojekte, fragwürdige Auslandseinrichtungen eine großzügige Finanzierung, und es wird immer noch viel Geld für überflüssige Subventionen bereitgestellt.



Gefragter Gesprächspartner: *Der Autor dieses Grundsatzartikels, Wilhelm v. Gottberg, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen – hier bei einem Interview mit dem russischen Staatsfernsehen.* Foto: Blotkamp

Unser verwirrtes Denken zeigt sich auch bei den gesellschaftlichen Gruppen. Die Maßlosigkeit einzelner Gewerkschaftsvertreter wurde bereits angesprochen.

Die verfaßte evangelische Amtskirche hat ihre zentralen Aufgaben aus dem Blickfeld verloren. Seelsorge im eigentlichen Sinne, Verkündigung der frohen Botschaft, Vermittlung von Heilsgewißheit, Aufruf zur Buße und die Gewissensschärfung anhand der Zehn Gebote findet in der EKD nur noch graduell statt. Die Mehrheit der gegenwärtigen Pastoren versteht sich als Sozialingenieure. Gesellschaftsverändernde Maßnahmen haben Priorität. Beispiele wie die Segnung der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften und die Propagierung der multikulturellen Gesellschaft, Kirchenasyl und blasphemische Veranstaltungen bei Kirchentagen bedürfen keiner Kommentierung. Zehntausende empfinden die evangelische Kirche nicht mehr als ihre geistliche Heimat und treten aus. Jüngstes Beispiel ist die BdV-Präsidentin Erika Steinbach. Hört man Richtungsweisendes aus der EKD zur Sektenentwicklung in unserem Land? Haben die Leitungsgremien der Protestanten sich jemals massiv für den Schutz des ungeborenen Lebens eingesetzt?

Glücklicherweise trifft diese Zustandsbeschreibung noch nicht für alle evangelischen Kirchengemeinden zu. Blühendes protestantisches Gemeindeleben auf der Grundlage der lutherischen Reformation finden wir heute umfassend in der kleinen selbständigen evangelisch-lutherischen Kirche (SELK).

Unser verwirrtes Denken zeigt sich auch im öffentlichen Diskurs. Unsere eigentlichen Probleme werden nicht wirklich thematisiert. Gravierende Defizite in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden ganz oder teilweise tabuisiert. Das einzige Thema, das nicht tabuisiert wird, ist die Sexualität mit allen Teilbereichen und Obszönitäten. Mit Randthemen wird versucht, von den eigentlichen Problemen abzulenken. Seit Jahren wird mit hohem finanziellem Einsatz ein Kreuzzug gegen den Rechtsextremismus geführt. Der Bundestagspräsident zählt gar alle rechts von der politischen Mitte stehenden Menschen mit zu den Extremisten. Die zunehmende brutale Gewalt an den Schulen, die Wohlstandsverwahrlosung vieler Kinder und Jugendlicher, das Scheitern vieler junger Menschen hinsichtlich des Berufs- und Bildungsabschlusses ist hingegen kaum ein Thema. Die Bluttat von Erfurt und die verschiedenen Attentate von Schülern an Lehrern beleuchten schlaglichtartig den Zustand in Teilen der jungen Generation.

Seit Jahrzehnten wird die hohe Ausländerkriminalität in unserem Lande tabuisiert. Sie paßt nicht in die Scheinwelt der Multikulti-Propagandisten. Durch massenhafte Einbürgerung versucht man, dieses Problem vom Tisch zu bekommen. Vor Weihnachten berichteten einige Regionalzeitungen in einer kleinen Notiz von einer grauenhaften Bluttat in Hamburg, bei der unter anderem auch ein Behinderter Opfer wurde. Täter sei, so wurde berichtet, ein in der Türkei geborener Deutscher. Wie wäre wohl berichtet worden, wenn dieses Verbrechen von einem deutschen Täter an einem behinderten Ausländer verübt worden wäre?

Die geistig-moralische Krise, die sich wie ein Krebsgeschwür bei Menschen und Institutionen eingenistet hat, gefährdet den Fortbestand Deutschlands als demokratisches Gemeinwesen und als große Kulturnation in Europa. Sie zu überwinden sind alle aufgerufen. Dazu bedarf es einer allgemeinen Umorientierung hin zu den auf christlichen Grundsätzen basierenden preußischen Tugenden. Dazu bedarf es geistiger Führung durch die politischen und gesellschaftlichen Eliten. Auf die besondere Verantwortung der Medienschaffenden bei diesem Umorientierungsprozeß sei hingewiesen. Dazu bedarf es, um ein Wort des früheren Bundespräsidenten Karl Carstens aufzugreifen, der Wiedergewinnung der transzendentalen Dimension, also der Rückbesinnung auf die eigentlichen Grundlagen des christlichen Abendlandes.

Ohne schonungslose Diagnose ist keine Heilung möglich

Zur Überwindung der geistigen Krise bedarf es des Mutes zur Wahrheit. Am Anfang der Therapie zur Heilung unseres verwirrten Denkens muß eine wahrheitsgetreue, schonungslose Diagnose stehen. Das bereits ist der erste Schritt zur Besserung.

Die Flutkatastrophe des Jahres 2002 hat gezeigt: Die Deutschen besitzen immer noch viel Idealismus, Hilfs- und Opferbereitschaft, Einsatzwillen, Gemeinschaftssinn und Selbstdisziplin. Mit diesen Eigenschaften lassen sich auch wirtschaftlich schwere Jahre durchstehen. Eine Erkenntnis, die zuversichtlich nach vorne blicken läßt. Zuversicht erhält die Zukunft. ■

Euroregion »Prussia«?

Europäischer Lösungsansatz für die künftige EU-Enklave Königsberg

Königsberg wird ein Enklavendasein auf EU-Territorium fristen, sobald Polen und Litauen Mitgliedstaaten der Europäischen Union geworden sind. Letzteres ist nunmehr beschlossene Sache und wird wohl im Mai 2004 Realität werden.

Die Brisanz der Insellage des Königsberger Gebietes bleibt unter Berücksichtigung der nationalen Interessen Rußlands trotz der zwischen Brüssel und Moskau getroffenen Transitregelungen bestehen.

Die Memel als Grenzfluß, der ins Kurische Haff mündet, wird weiterhin ökologisch belastet sein. Die Diskrepanz der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen im Königsberger Gebiet einerseits und in den Beitrittsländern andererseits wird weiter wachsen.

Dazu der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg: „Den Ostpreußen ist die Zukunft des Königsberger Gebietes ein wichtiges Anliegen. Wir beteiligen uns seit zehn Jahren an dem Wiederaufbau der Region. Unsere Kreisgemeinschaften sind den entsprechenden russischen Gebietskörperschaften partnerschaftlich verbunden, was die gemeinsamen Anstrengungen im wirtschaftsfördernden und humanitären Bereich zusätzlich unterstützt.

Für das Königsberger Gebiet fordern wir eine ganzheitliche Lösung. In diesem Zusammenhang ist es ebenso dringlich, daß die Bundesregierung dem Beispiel Schwedens, Dänemarks und Polens nacheifert und endlich auch für Deutschland ein Konsulat in Königsberg einrichtet! Die Bereitschaft der russischen Gebietsverwaltung dazu ist vorhanden.“

Historisch, aber auch gegenwärtig steht das Königsberger Gebiet mit dem Memelland und dem südlichen Ostpreußen in einer wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Symbiose. Daran ändern auch die künftigen Schengener Grenzen nichts. Die deutsche Kulturlandschaft, die in Oberland, Ermland und Masuren noch sichtbar und im Königsberger Gebiet wie auch im Memelland in jedem Fall vorhanden ist, könnte für die Region eine Klammer sein. Zu denken wäre an die Bildung einer offiziellen Euroregion „Prussia“, die geographisch mit Ostpreußen übereinstimmt, wenn die Gebietskörperschaften des litauischen Landkreises an der Memel und die polnische Wojewodschaft Ermland und Masuren berücksichtigt werden.

Die EU könnte die strukturschwache Region in besonderem Maße in Fragen der Wirtschaft, Infrastruktur und Ökologie fördern und sich gleichzeitig dabei um eine Lösung des Vertriebenenproblems bemühen.

Für die Öffnung Königsbergs gegenüber der EU bei gleichzeitigem Ausbau der Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung könnte Brüssel Moskau etwa ständiges Sitz- und Antragsrecht, gegebenenfalls auch ein auf Königsberger Belange beschränktes Stimmrecht im Rat anbieten. Selbst die russische Ostseeflotte könnte in Pillau verbleiben. Von ihr geht für die EU keine Gefahr aus. Moskau bekäme sein Tor nach Westen und könnte seinen Einfluß auf die EU ausbauen und somit auch außenpolitisch sein Gesicht wahren.

Polen erhielte im Rahmen des Gesamtkonzepts für die Euroregion einen infrastrukturellen Ausbau seiner faktischen „Armenregion“ Ermland/Masuren. Zu denken ist hier an den Ausbau der touristischen Zentren, der Zubringerautobahnen und Bahnstrecken sowie den Ausbau des Flughafens von Allenstein.

Litauen, als schwächstes Glied der drei baltischen Staaten, könnte sich auf diesem Wege seinen wirtschaftlichen Anschluß sichern. Indem etwa die Schwerpunkte Warenumschlag und Tourismus zwischen dem Königsberger und dem Memeler Hafens aufgeteilt werden, würde das konkurrierende Verhältnis zwischen den Ostseehäfen entschärft werden. Landschaftlich-ökologische Konzepte für die beiden Nehrungen und Haffs sowie den bisherigen Grenzfluß Memel könnten einheitlich innerhalb der Euroregion „Prussia“ geregelt werden.

Ostpreußen würde seine Teilung auf dem Gebiet der Ökonomie und der Ökologie langsam überwinden. Die Ostpreußen unterstützen dabei den Aufbau ihrer Heimat und fördern damit die europäische Integration. Die Stärkung der Infrastruktur Ostpreußens hängt nicht zuletzt auch von seiner Besiedlung und Bewirtschaftung ab; beides ist erforderlich. Zu denken ist in diesem Zusammenhang etwa an günstige Kaufkonditionen für Vertriebene, die in das Land ihrer Väter zurückkehren möchten und die Eigenheiten des Landes kennen.

Ein solcher Weg würde zwar den Heimatvertriebenen keine Gerechtigkeit widerfahren lassen, aber im Vergleich zu anderen bisherigen Lösungsansätzen in der Königsberg-Frage wäre er für Ostpreußen und für Europa doch bereit sein Schritt in eine bessere Zukunft.

Bernhard Knapstein